

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
UNTERBEZIRK TELTOW-FLÄMING



Antragsbuch

UNTERBEZIRKSPARTEITAG
21. JANUAR 2017
KREISHAUS LUCKENWALDE

Inhaltsverzeichnis

Gesundheitspolitik	1
Antrag 1/1/2017	SPD-OV Ludwigsfelde
Einführung eines Patientenbuches	
.....	1
Innen- und Rechtspolitik, Migration	3
Antrag 1/1/2017	SPD-OV Ludwigsfelde
Qualifizierung von Flüchtlingen / Asylsuchenden / Migranten	
.....	3
Sozialpolitik	5
Antrag 1/1/2017	SPD-OV Ludwigsfelde
Betreute Wohnformen für geistig behinderte ältere Menschen	
.....	5
Umwelt-, Energie-, Verbraucher- und Verkehrspolitik	6
Antrag 1/1/2017	SPD-OV Ludwigsfelde
Wertausgleich für Schäden durch Maut-Vermeidung	
.....	6
Initiativanträge	7
Antrag 1/1/2017	SPD-OV Zossen
Sprachausbildung für Flüchtlinge	
.....	7

Gesundheitspolitik

1 **Antrag 1/I/2017**

2 **SPD-OV Ludwigsfelde**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Einführung eines Patientenbuches**

8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich
9 für eine Stärkung der Patientenrechte in der Form
10 einzusetzen, dass für den betreffenden Patienten und
11 die behandelnden Ärzte mehr Transparenz entsteht.

12

13 Die diversen Nachweise für ärztliche Behandlungen
14 oder medizinischen Feststellungen sollen zu einer
15 Übersicht zusammengeführt werden. Das ermöglicht
16 den Überblick für den Patienten selbst und für behan-
17 delnde Ärzte.

18

19 Dazu gehören beispielsweise:

20

21 – alle Vorsorgeuntersuchungen einschließlich der
22 zahnärztlichen

23

24 – Impfungen

25

26 – ersetzte Organe oder Implantate

27

28 – Röntgen- oder ähnliche Untersuchungen

29

30 – festgestellte Unverträglichkeiten

31

32 – durchgeführte Operationen

33

34 – chronische und langfristig behandelte Krankheiten
35 einschließlich Medikation

36

37 – Blutgruppe

38

39 – zu benachrichtigende Personen bei Unfall oder Todes-
40 fall

41

42 **Begründung**

43 Die elektronische Gesundheitskarte soll zukünftig ei-
44 nen Teil dieser Forderungen abdecken, da es den Ärzten
45 zukünftig (falls die laufende Testphase erfolgreich ist)
46 möglich ist, Arztbriefe darauf zu speichern. Der Patient

- 1 soll in die Lage versetzt werden, diese Daten ebenfalls
 - 2 auszulesen bzw. in Papierform zu erhalten.
 - 3
 - 4 Damit wäre auch das Akteneinsichts- und Aushändi-
 - 5 gungsrecht der Patienten gewährleistet und dies mit
 - 6 deutlich weniger organisatorischem Aufwand.
-

1 **Antrag 1/I/2017**

2 **SPD-OV Ludwigsfelde**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Qualifizierung von Flüchtlingen / Asylsuchenden /**

8 **Migranten**

9 Der SPD- Bundestagfraktion und der SPD-
10 Parteivorstand werden gebeten, sich für die Umsetzung
11 des Vorschlages stark zu machen und diesen auch ins
12 Wahlprogramm einfließen zu lassen:

13

14 1. Flüchtlinge / Asylsuchende / Migranten sollen
15 durch handlungsorientiertes Lernen zur allgemeinen
16 und beruflichen Bildung die Möglichkeiten erhalten,
17 entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen eine
18 Qualifizierung / Anlernausbildung für berufliche Tätig-
19 keiten zu bekommen.

20

21 2. Durch diese berufspraktische Qualifizierung in
22 Verbindung mit fachspezifischer Theorie und ent-
23 sprechenden Deutschkenntnissen sollen interessierte
24 ausländische Bürger Fähigkeiten erwerben können,
25 die in der jeweiligen Heimat attraktiv und in einer
26 Wiederaufbauphase von Wert sein oder auch für
27 eine Berufsausbildung in Deutschland Basis schaffen
28 könnten.

29

30 3. Kommunen sollen finanziell dahingehend ausge-
31 stattet werden, dass sie vor Ort geeignete Programme
32 auflegen können.

33

34 4. Ein solches Programm, das wir als Teil einer
35 Entwicklungs- und Bildungspolitik verstehen, muss
36 durch Initiativen und gemeinsam mit geeigneten
37 Institutionen (wie z.B. ZAL GmbH Ludwigsfelde-
38 Luckenwalde) geplant und durchgeführt und durch
39 fremd- bzw. mehrsprachige Ausbilder/innen betreut
40 werden. Hier kommen in erster Linie Ruheständler in
41 Betracht, denen ein Mindestlohn / eine Aufwands-
42 entschädigung bezahlt werden müsste und die als
43 Netzwerker fungieren können. Konzeption und Durch-
44 führung von Maßnahmen zur berufspraktischen
45 Qualifizierung von Bürgern anderer Staaten – in je-
46 weiliger Heimatsprache und in Deutsch (zweisprachig)
47 durchgeführt – hat in den neuen Ländern eine lange
48 Tradition.

1

2 **Begründung**

3 Menschen, die aus den verschiedenen Ländern seit
4 Monaten zu uns kommen, verbinden mit ihrer Reise
5 bzw. Flucht nach Deutschland die Hoffnung auf ein
6 besseres Leben für sich und ihre Kindern. Hier an-
7 gekommen, verbringen sie viel Zeit in Massen- und
8 Sammelunterkünften, regelmäßig ohne eine wirkliche
9 Beschäftigung.

10

11 Diese Zeit soll zukünftig für berufspraktische Qualifi-
12 zierungen genutzt werden. Es geht hier um komplexe
13 praktische Unterweisungen in Kombination mit berufs-
14 theoretischem Unterricht. Im Rahmen des praktischen
15 Unterrichts werden berufsspezifische Deutschkennt-
16 nisse erworben. In Frage kommen insbesondere
17 Qualifizierungen für handwerkliche Dienstleistungstä-
18 tigkeiten.

19

20 Es besteht

21

22 – bei weiblichen wie männlichen Asylbewerbern der
23 Wunsch nach sinnvoller Betätigung und einer durch
24 Arbeit zu erreichenden Wertschätzung,

25

26 – nicht bei allen Asylsuchenden der Wunsch nach um-
27 fänglichem Deutschunterricht, insbesondere nicht bei
28 denen, die mittel- und langfristig nicht in Deutschland
29 bleiben möchten,

30

31 – Bedarf in Städten und Gemeinden an personeller
32 Unterstützung, z.B. bei Hausmeistertätigkeiten und
33 Küchenhilfen an Kitas und Schulen, im Bereich Land-
34 wirtschaft und Forsten u.v.m.

35

36 Je nach Ergebnis des jeweiligen Asylverfahrens oder ei-
37 ner Änderung der persönlichen Verhältnisse wären die
38 Flüchtlinge in der Lage, ihre so erworbenen Fähigkei-
39 ten zur weiteren Integration in ihrem neuen Umfeld
40 einzusetzen oder mit den erworbenen Fähigkeiten zum
41 (Wieder-) Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur in
42 dem jeweiligen Herkunftsland beizutragen.

Sozialpolitik

1 **Antrag 1/I/2017**

2 **SPD-OV Ludwigsfelde**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Betreute Wohnformen für geistig behinderte ältere**
7 **Menschen**

8 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, der Land-
9 regierung folgenden Arbeitsauftrag zu übermitteln.

10

11 Die Landesregierung entwickelt ein Konzept, dass
12 die Planung und Realisierungsmöglichkeiten für das
13 Entstehen von Wohnformen für ältere Menschen mit
14 geistiger Behinderung umfasst.

15

16 **Begründung**

17 Geistig behinderte Menschen werden gegenwärtig
18 in großer Zahl in Wohngemeinschaften betreut, die
19 aber eine ganztägige Beschäftigung i.d.R. in einer
20 Behindertenwerkstatt voraussetzen. Nach Eintritt
21 in das Rentenalter erlischt der Mietvertrag, da eine
22 ganztägige Betreuung nicht vorgesehen oder geplant
23 ist.

24

25 Geistig behinderte Menschen gehören aber nicht in ei-
26 ne Altenpflege- oder Demenzkrankeneinrichtung. Sie
27 haben wegen der geistigen Einschränkungen wenige
28 Möglichkeiten, sich selbständig zu beschäftigen. Sie
29 brauchen ganztägig Unterstützung bei der Haushalts-
30 führung, gesundheitliche Fürsorge, Begleitung beim
31 Reisen, bei der Teilnahme an kulturellen oder gesell-
32 schaftlichen Ereignissen, beim Einkauf und Anregung
33 für selbständige und gemeinschaftliche Beschäftigung.
34 Die bisherige Praxis, sie in Altenpflegeheimen oder an-
35 deren Pflegeeinrichtungen unterzubringen, führt oft zu
36 Vereinsamung und Isolierung und trägt den besonde-
37 ren Anforderungen geistig behinderter Menschen keine
38 Rechnung. Da sie außerdem nicht dazu in der Lage sind,
39 ihre Ansprüche oder Rechte vorzutragen, folgt daraus
40 eine herabwürdigende Stellung in der Gesellschaft. Die
41 Ansprüche aus der Behindertenrechtskonvention wer-
42 den in hohem Maße nicht erfüllt.

Umwelt-, Energie-, Verbraucher- und Verkehrspolitik

1 **Antrag 1/I/2017**

2 **SPD-OV Ludwigsfelde**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Wertausgleich für Schäden durch Maut-Vermeidung**

8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein
9 Konzept durchzusetzen, dass die Mehrbelastungen der
10 Verkehrswegeträger durch Maut-Vermeider angemessen
11 ausgleicht.

12

13 Für bisher nachweislich entstandene Schäden und
14 zukünftig notwendig werdende Verkehrsregulierungs-
15 maßnahmen sollen auf Antrag Ausgleichsgelder aus
16 den Mauteinnahmen gezahlt werden.

17

18 **Begründung**

19 Es ist jetzt weitverbreitete Fahrpraxis von LKW-Fahrern,
20 Maut-Strecken auf parallelen oder abkürzenden Um-
21 fahrungen zu vermeiden.

22

23 Dadurch werden Fernverkehrs-, Kreis-, Orts- und Orts-
24 verbindungsstraßen wesentlich mehr belastet und
25 kaputtgefahren als vor Einführung der Maut. Auch an-
26 liegende Gebäude erleiden Schäden durch die behöhte
27 Straßenbelastung.

28

29 In Zukunft kommen noch die PKW-Fahrer als Maut-
30 Vermeider hinzu, sodass mit weiter erhöhtem Verkehrs-
31 aufkommen zu rechnen ist.

Initiativanträge

1 **Antrag 1/I/2017**

2 **SPD-OV Zossen**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Sprachausbildung für Flüchtlinge**

7 Die SPD Brandenburg wird aufgefordert, auf die Landes-
8 regierung Brandenburg hinzuwirken, die finanziellen
9 Mittel für die Sprachausbildung der geflüchteten
10 Menschen und für die Ausbildung von Lehrkräften im
11 Arbeitsbereich „Deutsch für Ausländer“ sowie für die
12 Unterstützung und Weiterbildung von ehrenamtlichen
13 Lehrkräften in diesem Arbeitsbereich deutlich zu
14 erhöhen.

15

16 **Begründung**

17 Spracherwerb ist eine zentrale Forderung und Not-
18 wendigkeit zur Integration von Flüchtlingen und
19 zugewanderten Migranten.

20

21 Um eine Integration und dadurch mögliche Arbeitsauf-
22 nahme zu gewährleisten, ist ein für die Berufsausbil-
23 dung und – ausübung notwendiges Niveau der Kennt-
24 nisse der deutschen Sprache unabdingbar. Hier gilt es
25 viel intensivere Anstrengungen zu unternehmen! Einer-
26 seits wird dadurch den geflüchteten Menschen gehol-
27 fen und andererseits können so ihre Potenziale für unsere
28 Gesellschaft erschlossen werden. Nur so kann Integrati-
29 on gelingen und gesellschaftlichen Spannungen vorge-
30 beugt werden.